



**Auszug aus dem Protokoll vom**

8. November 2004

230 16.04 Gemeinderat  
16.04.22 Postulate

**Antrag des Stadtrates auf Abschreibung des Postulates von Urs Christen und sechs Mitunterzeichnenden über die Berufswahlschule Limmattal (bwl)**

Am 21. Oktober 2002 hat der Gemeinderat ein Postulat der Mitglieder der GRPK (Erstunterzeichner Urs Christen) mit nachstehendem Wortlaut zur Prüfung und Berichterstattung an den Stadtrat überwiesen:

„Der Stadtrat wird gebeten, den Austritt aus dem Zweckverband der Berufswahlschule Limmattal (bwl) zu prüfen und Alternativen zu erarbeiten.“

Begründung:

Der Zweckverband der Berufswahlschule Limmattal ist eine wichtige Institution für Jugendliche nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit. Die bwl wurde von Dietikon, Schlieren und Urdorf gegründet, um bestehende Synergien zu nutzen. Die seit über drei Jahre dauernde Führungsschwäche der bwl-Behörde in der Personalpolitik und -führung, Kommunikationsschwäche sowie das Fehlen einer klaren Strategie haben das Vertrauen in die bwl-Behörde nachhaltig gestört und zu entsprechenden Meldungen in der Presse geführt.

Die GRPK sieht sich zur Frage veranlasst, ob es nicht besser und letztlich kostengünstiger wäre, die bwl in ihrer heutigen Form aufzulösen und Alternativen zu erarbeiten.“

Der Inhalt des Postulates fällt gemäss § 62 der Gemeindeordnung (GO) in die Zuständigkeit der Schulpflege, die die erforderlichen Abklärungen vorgenommen hat. § 59 Abs.3 GO legt fest, dass die Anträge der Schulpflege zunächst an den Stadtrat gehen, der sie mit seinem Antrag an den Gemeinderat weiterleitet.

Bericht der Schulpflege an den Gemeinderat

Um eine mögliche neue Form oder Trägerschaft für die bwl zu finden, wurden innerhalb der Projekte „Gemeinsam für die bwl“ (Gaudenz Buchli, Schulpräsident Dietikon; Bea Capaul Schulpräsidentin Schlieren; Stefan Zehnder, Schulpräsident Urdorf; Robert Eigenmann, Schulpflegemitglied Urdorf und Schulkommissionsmitglied bwl; Ruedi Schütz, Schulpflegemitglied Dietikon und Schulkommissionsmitglied bwl; Matthias Gysel, Schulpflegemitglied Schlieren und Schulkommissionsmitglied bwl) intensive Abklärungen vorgenommen. Folgende Möglichkeiten wurden geprüft:

1. Privatisierung

Ergebnis:

Die Schule muss den möglichen kurzfristigen Veränderungen in Wirtschaft und Bildung gewachsen sein. Eine Privatisierung würde diesen Ansprüchen nicht gerecht werden.

2. Anschluss an die Berufsschule

Ergebnis:

Bereits 2003 wurden die ersten Gespräche mit der Berufsschule Dietikon geführt. Damals schien der Anschluss an die Berufsschule eine denkbare Möglichkeit. Die Berufsschule würde den Anschluss an die Berufswelt bieten, und die bwl könnte von den Erfahrungen der Berufsschule profitieren. Des Weiteren verfügt die Berufsschule über langjährige stabile Strukturen, was für die bwl eine höhere Akzeptanz und Qualitätssicherung zur Folge hätte.



Aus personellen Gründen (längere Krankheit des Rektors) war es über einen längeren Zeitraum nicht möglich, mit den Verantwortlichen für die Berufsschule über eine allfällige Zusammenlegung zu sprechen. In der Zwischenzeit gingen die Vorarbeiten zur Gesetzesvorlage im kantonalen Amt für Mittelschulen und Berufsschulen intensiv weiter. Heute kann die Sachlage wie folgt beurteilt werden:

Der Kanton wird auf bereits bestehende Strukturen zurückgreifen und diese aufrechterhalten wollen. Die Berufsschulen sind gegenüber dem Vorschlag, die Brückenangebote/10. Schuljahre zu übernehmen, eher abgeneigt. Die Tendenz zeigt deutlich auf, dass die 10. Schuljahre in ihren Strukturen selbstständig bleiben sollen. Der Kanton wird lediglich sicherstellen, dass alle Jugendlichen im Kanton zu den Brückenangeboten Zugang haben und die Finanzierung in allen Bezirken gleich geregelt ist. Weitere Einzelheiten sind im Gesetz nicht vorgesehen.

### 3. Führung durch **eine** Gemeinde

Ergebnis:

Eine Gemeinde könnte allein die Führung der bwl nach dem Vorbild von Wetzikon übernehmen. Die meisten Angebote der bwl befinden sich schon jetzt in Dietikon, so dass die Führung durch Dietikon nahe liegen würde. Die Abteilung in Schlieren umfasst 4 Klassen und ist somit im Verhältnis sehr viel kleiner als die Abteilung in Dietikon.

Ein Vorteil dieses Modells würde vor allem die bereits vorhandene Infrastruktur darstellen. Ein gewichtiger Nachteil ist hingegen das Tragen des ganzen finanziellen Risikos und die Abhängigkeit der Anschlussgemeinden von der Durchführungsgemeinde. Mit diesem Modell haben die Anschlussgemeinden kein Mitspracherecht.

### 4. Beibehaltung des Zweckverbandes

Ergebnis:

Unter den Verbandsgemeinden herrscht eine gute Zusammenarbeit. Dabei können Synergien genutzt werden. Das wiederum ergibt eine schlanke Verwaltung mit einer straffen Struktur. Bei drei oder mehr Verbandsgemeinden ist ein grösseres Angebot innerhalb der Schule möglich. So kann die Schule auch auf kurzfristige Strömungen und Tendenzen reagieren.

Vor- und Nachteile der verschiedenen Modelle wurden geprüft. Es muss festgestellt werden, dass die Vorteile des Zweckverbandes überwiegen. Zurzeit drängt sich keine Veränderung auf, da eine gute Führung durch die Schulpräsidenten gewährleistet ist.

Nach eingehender Prüfung der verschiedenen Modelle, spricht sich die Projektgruppe für die Beibehaltung des Zweckverbandes aus. Aufgrund dieser Haltung innerhalb der Projektgruppe und der Arbeitsgruppe „Trägerschaften“ (Reto Saxer, Stadtrat Dietikon; Gaudenz Buchli, Schulpräsident Dietikon; Thomas Furger, Stadtschreiber Dietikon; Stefan Zehnder, Schulpräsident Urdorf; Bea Capaul, Schulpräsidentin Schlieren, und Matthias Gysel, Schulpflegemitglied Schlieren und Schulkommissionsmitglied bwl) müssten allfällige Änderungen der Gebührenverordnung und der Statuten überprüft werden.

Das Kosten/Leistungsverhältnis soll überprüft und angepasst werden. Durch schlankere Strukturen wird eine effiziente Führung der Schule möglich, und die Behörde kann sich ausschliesslich der strategischen Arbeit widmen. Die Zweckverbandsgemeinden sollen gegenüber den Nichtverbandsgemeinden Vorteile (z. B. Schulplatz, bevorzugte Zulassung der Schüler) haben.



Antrag der Schulpflege und des Stadtrates an den Gemeinderat

Das Postulat von Urs Christen und sechs Mitunterzeichnenden über die Berufswahlschule Limmattal (bwl) wird im Sinne von Art. 79 der Geschäftsordnung des Gemeinderates als erledigt abgeschrieben.

Referentin des Stadtrates

Bea Capaul  
Ressortvorsteherin Bildung und Jugend

Für richtigen Protokollauszug

STADTRAT SCHLIEREN  
Präsident                      Schreiber

Peter Voser                      Peter Hubmann

Versand: